



Die Beitrags-Debatte

Die **Handelskammer** fordert für geschlossene Betriebe einen **Umsatzersatz von bis zu 80 Prozent**. Für **AFI-Direktor Stefan Perini** ist das nicht haltbar: „Dann würden viele unterm Strich besser dastehen als vorher.“



Viel Geld: Hohe Forderungen

von **Heinrich Schwarz**

Weil heute zahlreiche Südtiroler Betriebe in Gastgewerbe und Handel schließen müssen, fordert die Handelskammer Bozen einen Umsatzersatz von bis zu 80 Prozent. Präsident Michl Ebner sagt: „Für diese

„Die Krise ist nicht dazu da, um daraus ein Geschäft zu machen.“

Stefan Perini

bereits durch den Lockdown im Frühjahr stark in Mitleidenschaft gezogenen Sektoren bzw. Unternehmen ist es ein harter Schlag. Wenn die betroffenen Betriebe in dieser schwierigen Phase nicht angemessen von der öffentlichen Hand unterstützt werden, befürchte ich, dass manche nach dem Ende dieses neuerlichen Lockdowns nicht mehr aufsperrten werden.“

Die österreichische Bundesregierung habe angekündigt, die Umsatzausfälle mit bis zu 80 Prozent zu ersetzen, wobei die Umsätze des Vorjahres herangezogen werden und es pro Betrieb maximal 800.000 Euro gebe. „Auch die Südtiroler Betriebe benötigen für November einen Umsatzersatz in dieser Größenordnung“, so die Handelskammer. Auch Deutschland wolle bis zu 75 Prozent des Umsatzes vom November des Vorjahres erstatten und zehn Milliarden Euro dafür ausgeben.

Einer, der über die Forderung der Handelskammer nur den Kopf schütteln kann, ist Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes (AFI). Er sagt: „Unterstützung für die Unternehmen ist wichtig, aber der Umsatz ist das falsche Kriterium für die Bemessung. Auf diese Weise würden umsatzstarke Unternehmen begünstigt und Unternehmen mit einem hohen Fixkostenanteil benachteiligt. Das System würde

zu Ungerechtigkeiten innerhalb der Unternehmerschaft führen.“

Perini argumentiert weiters, dass aufgrund des Lohnausgleichs für die Betriebe fast keine Personalkosten anfallen. „Und je nach Art des Unternehmens machen die

Personalkosten zwischen fünf und über 60 Prozent aus“, erklärt Perini. Mit einem 80-prozentigen Umsatzersatz könne es passieren, dass viele Betriebe unterm Strich besser dastehen als in normalen Zeiten. Der AFI-Direktor hält die Fixkosten für das richtige Kriterium für Beitragszahlungen. Die öffentliche

Hand solle 80 Prozent der belegbaren Fixkosten übernehmen, um die Kontinuität eines Betriebes zu gewährleisten.

Perini betont: „Die Krise ist nicht dazu da, um daraus ein Geschäft zu machen. Warum soll man Kosten vergütet bekommen, die man gar nicht hat, wie etwa für Personal oder Wareneinkauf? Das ist nicht haltbar.“



Stefan Perini

